

15. November 2018

Ingmars Haushaltsrede am 15. 11. in der Stadtverordnetenversammlung

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Oberurseler Haushalt könnte aus Sicht DER LINKEN den Titel tragen:

„Der Ausverkauf geht weiter!“

Und immer noch ist die Rede von einem Ausgabeproblem?!

→ Ich halte fest: **Wir haben ein Einnahmeproblem!**

S.82 des Haushaltsentwurfs: „**Substanzverlust**“ – Der Investivhaushalt wird aus Grundstücksverkäufen finanziert. Und das trotz eines geplanten Haushaltsüberschusses in 2019!

S. 93 des Haushaltsentwurfs: **Bezahlbarer Wohnraum?** „Realisierung soll weitgehend über externe (Dritte) Investoren erfolgen.“

Also: immer weiter so??

Mit Einführung der Schuldenbremse wurde die Kreditfinanzierung von Investitionen mehr oder weniger verboten, Grundstücksverkäufe, der Ausverkauf von Tafelsilber in Form von öffentlichen Flächen, Grünflächen und Sportplätzen jedoch ist aber weiterhin erlaubt.

Schulden können getilgt werden, **aber verkauftes Gelände bekommen wir nicht zurück!**

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch privat möchte sich sicherlich niemand verschulden, aber auch Sie würden vermutlich lieber den Kredit für einen Hauskauf abbezahlen, als ein Haus zu verkaufen.

In diesem Sinne verkaufen wir zurzeit städtische Flächen, ohne daraus bleibende Werte zu schaffen. Dieser Ausverkauf ist nicht in unserem Sinne. Erst recht nicht unter Betrachtung der derzeitigen Niedrigzinsentwicklung im Vergleich zu den steigenden Grundstückswerten.

Mit niedrigen Einkommen bezahlbarer und geförderter Wohnraum mit langfristiger Sicherung kann aus Sicht DER LINKEN nur erfolgen, **wenn die Grundstücke in städtischem Besitz bleiben.**

Als in Oberursel der Alten Leipziger 100 neue Wohnungen genehmigt werden und dafür gerade einmal Belegrechte für 6 Wohnungen im Altbestand ausgehandelt werden, dann heißt es nachher:

„Mehr sei nicht möglich gewesen..“

Bei Investorenwettbewerben kamen zuletzt immer höhere Mietpreise heraus, als zuvor versprochen und erwartet. Trotzdem soll bezahlbarer Wohnraum durch Investoren geschaffen werden?!

Wann erfolgt ein Umdenken?:

- Wenn wir städtische Grünflächen und Sportplätze für die Schaffung des dringend benötigten Wohnraumes brauchen, dann lasst uns doch bitte Wohnungen für diejenigen schaffen, die sich die Wohnungen am sogenannten freien Markt nicht leisten können und dafür sorgen, **dass diese in städtischem Besitz bleiben.**

Weitere Beispiele im Haushaltsentwurf:

Forderung nach Personalkürzung, bei gleichzeitigem Vorwurf, die Verwaltung arbeite zu langsam.

Oder die Diskussion, ob wir uns technisch aktuelle Feuerwehrautos leisten können.

- Das stellt doch in Frage: Können wir unsere Pflichtaufgaben noch erfüllen?

Und für zusätzliche Ordnungskräfte: Kein Geld, trotz Mehrheitsbeschluss?!

Weiterer Kostenblock: U-Bahn – stellen Sie sich vor, wie voll die Straßen ohne U-Bahn wären, von dem Betrieb profitieren somit nicht nur die Nutzerinnen und Nutzer selbst. – Sogar Bad Homburg hat hier ein positives Signal gesetzt, davon will hier doch niemand ernsthaft weg, oder?

Diese Beispiele zeigen doch, **dass die Sparpotenziale erschöpft sind!**

Wenn ich unserem Kämmerer richtig zugehört habe, meint er mit Ausgabeproblem insbesondere die Höhe der Kreis- und Schulumlage und die Unterversorgung von Land und Bund für auf die Kommunen übertragene Aufgaben, wie Kinderbetreuung.

- Wenn das so ist, dann ist es mir gleich, ob Sie das Einnahme- oder Ausgabeproblem nennen.
- Auch DIE LINKE will weder hiesige Mieterinnen und Mieter, noch das Gewerbe übermäßig belasten, aber für eine gerechtere Mittelverteilung von Bund und Land an Kreise und Kommunen sind doch die auch die Parteien als Mitglieder der jeweiligen Regierungskoalitionen gefordert!
- Ich kann Ihnen sagen: DIE LINKE strebt eine bessere kommunale Versorgung ein und möchte dafür die großen Vermögen der Gesellschaft stärker heranziehen.

Die Änderungsanträge DER LINKEN:

keine Erhöhung der KITA-Gebühren – hier gab es immerhin einen Teilerfolg, indem die pauschale Erhöhung von 6% für 2019 herausgenommen wurde. Dieser Punkt war uns sehr wichtig, stellen Sie sich einmal vor, es würde eine jährliche pauschale Erhöhung der Gewerbesteuer um 6% angesetzt!

– Mit den Eltern können wir das machen, aber nicht mit den Firmen?

Wer profitiert denn wirklich von den KITAs?

Letztlich sind es doch die Unternehmen, die über die Arbeitskraft der Eltern verfügen und damit die ganze Stadtgesellschaft durch die eingenommene Einkommens- und Gewerbesteuer.

Es ist ungerecht, Politik auf Kosten einzelner Gruppen, hier der Gruppe der Eltern, die auf Betreuung für Kinder angewiesen sind, zu machen, deshalb lehnt DIE LINKE weiterhin jede KITA-Gebührenerhöhung ab.

Mittlerweile gibt es auch eine Empfehlung für einkommensabhängige KITA-Gebühren. Diesen Vorschlag hat DIE LINKE hier vor einiger Zeit eingebracht, die Koalition hat diesen aber in die nicht –öffentliche KITA-Kommission geschickt und noch nicht erneut aufgegriffen.

Ich frage mich, ob uns diese in die Nichtöffentlichkeit verschobene Kommission nicht mehr kostet, als sie an Einsparungen bringen wird. **Wir wollen die Diskussion um eine gerechte Kostenstruktur zurück in die Öffentlichkeit bringen.**

Unsere weiteren Anträge waren:

Zuschüsse zum Weihnachtsmarkt, auch hier hat sich eine Mehrheit gefunden, genügend Mittel bereitstellen zu wollen, um den Marktplatz wieder einbeziehen zu können.

Gesamtplanung des Rathausareals mit Rathaus und Stadthalle

- Wir können nicht verstehen, dass jetzt zusätzliche Mittel für das Rathaus eingestellt sind, ohne eine Idee für das ganze Umfeld zu haben.

- Wir fordern ein gemeinsames Konzept von Rathausareal und Stadthalle!

Unsere Forderung nach einer **zusätzliche Stelle für Baukontrolle** fand keine Mehrheit, derzeit gibt es nur eine Person, die tatsächlich Baustellen prüft.

DIE LINKE schließt sich der Meinung des Bürgermeisters an, dass es ein Vorteil ist, die Bauaufsicht in der Stadt zu haben.

Diese darf aber nicht nur Bauanträge genehmigen, sondern soll die Baustellen auch auf Ihre Ordnungsmäßigkeit überprüfen. Wie das eine Einzelperson bei der derzeitigen Bautätigkeit in Oberursel gewährleisten soll, ist schwer nachvollziehbar.

Weiterhin sehen wir den geplanten **Mazda-Kreisel** als überdimensioniert, solange man nicht die Erschließung des neuen Frankfurter Stadtteils an dieser Stelle begünstigen will.

Kommen wir zur **Hebesatzsatzung**:

DIE LINKE wird einer Anhebung der Gewerbesteuer zustimmen.

Sie werden mir aber nicht verdenken können, auf die Debatte im letzten Jahr zu verweisen:

DIE LINKE fand damals die einseitige Erhöhung der Einkommenssteuer B als unausgewogene Mehrbelastung insbesondere für Mieterinnen und Mieter. Zum Ausgleich hatten wir stattdessen beantragt, die Grundsteuer B nur moderat zu erhöhen und dafür die Gewerbesteuer ebenfalls leicht anzuheben, auf 400 Punkte.

Es ist nun doch mehr als überraschend, dass nur ein Jahr später die Koalition dieselben Argumente bringt, dass die gute Infrastruktur und nicht zuletzt die guten KITAs eine Erhöhung auf jetzt 410 Punkte gerecht fertigen. Vor einem Jahr galten meine Worte aus Sicht der Koalition mehr oder minder als Ruin des Oberurseler Gewerbes. Ich bin doch positiv überrascht, dass die Koalition so schnell lernfähig ist, mal sehen ob das auch in anderen Punkten gilt.

Noch ein Exkurs: mit dem Argument, niedrigere Gewerbesteuer -> mehr Unternehmen -> mehr Einnahmen hätten wir bei 0% Gewerbesteuer die höchsten Einnahmen, spätestens hier sollte doch allen klar sein, dass etwas nicht stimmt!

Im Wettbewerb unter den Kommunen um niedrige Gewerbesteuern können die Städte und Gemeinden nur verlieren.

DIE LINKE tritt ein

...für gerechte Kostenverteilung

...für niedrige, möglichst kostenlose Elternbeiträge bei den KITAs

...für öffentlich geförderten Wohnraum, für Grundstücke in städtischen Besitz

...für eine gemeinsame Planung des Rathausareals mit Rathaus und Stadthalle

Unser Anspruch an den Haushalt ist nicht erfüllt, daher lehnt DiE LiNKE Oberursel den Haushaltsentwurf 2019 ab. Der Änderung der Hebesatzsatzung und dem Wirtschaftsplan BSO stimmen wir zu.